



Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung März 2022 B

TOP 1

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im März die Möglichkeit, sich mit ihren Fragen direkt an die Ministerinnen und Minister der Landesregierung zu wenden.

TOP 2

Die Versorgung mit bezahlbarem Kraftstoff ist für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Sachsen-Anhalt Teil der Existenzgrundlage. Die drastisch gestiegenen Preise erforderten zügige Maßnahmen zur Entlastung, konstatiert die AfD-Fraktion in einem Antrag. Die Landesregierung soll daher beauftragt werden, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, die Umsatzsteuer auf Kraftstoffe auszusetzen, die Energiesteuer auf Kraftstoffe auf den EU-Mindestsatz herabzusetzen und die CO₂-Steuer abzuschaffen.

TOP 3

Die große Bedeutung der Arbeit in Kitas, Horten sowie vielen anderen sozialen Einrichtungen für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen spiegelte sich trotz der in den Tarifrunden 2009 und 2015 erreichten Verbesserungen längst noch nicht überall in einer angemessenen Bewertung der Arbeit und in motivierenden Arbeitsbedingungen wider, kommentiert die Fraktion DIE LINKE. Durch deren Antrag soll die Landesregierung aufgefordert werden, die in der Tarifrunde 2022 für den Sozial- und Erziehungsdienst entstehenden Mehrkosten in den Kitas vollständig in den Kind-Pauschalen für die Zuweisungen des Landes abzubilden.

TOP 4(a+b)

(a) Sachsen-Anhalt werde seine Verantwortung in der durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten Krisensituation umfassend wahrnehmen, bekunden die Fraktionen von CDU, SPD und FDP. Durch einen Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, Länder und Kommunen bei der Umsetzung aller notwendigen Maßnahmen zur Linderung der Folgen für die Bürgerinnen und Bürger des Landes sowie der Schutzsuchenden finanziell zu unterstützen. Insbesondere geht es um Hilfen für Ukrainerinnen und Ukrainer in Sachsen-Anhalt, die Begrenzung der Auswirkungen des Krieges auf Sachsen-Anhalt und die Aufrechterhaltung von Dialog und Kontakt zur russischen Zivilgesellschaft.

(b) Die Fraktion DIE LINKE bringt einen Antrag ein, durch den begrüßt wird, aus der Ukraine Geflüchteten den umfassenden Schutzstatus nach § 24 Aufenthaltsgesetz zu erteilen. Darüber hinaus soll die Bundesregierung auch einen sicheren Aufenthaltstitel für Menschen einsetzen, die aus Russland fliehen (Verweigerung des Kriegsdiensts bzw. Kritik gegen den Angriffskrieg). Die Landesregierung soll zudem weitere Kapazitäten für die kurzfristige Erstaufnahme Geflüchteter erschließen, um die Unterbringung in Notunterkünften wie Turnhallen und Zelten zu vermeiden.

TOP 5

Demokrat*in sein muss gelernt werden, findet die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Deswegen bringt sie einen Antrag ein, durch den die schulgesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden sollen, um die Drittelparität-Plus in der Schulkonferenz einzuführen, um die Mitbestimmung von Schüler*innen und Eltern zu stärken. Zudem sollen

die Rechte der Schüler*innenvertretungen gestärkt und deren Kompetenzen erweitert werden. Es soll – nach dem Vorbild der rheinland-pfälzischen „Modellschulen für Partizipation und Demokratie“ – ein Schulnetzwerk in Sachsen-Anhalt implementiert werden.

TOP 6

Der Landtag von Sachsen-Anhalt wählt nach Artikel 63 Absatz 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt den Landbeauftragten für den Datenschutz. Nach dem Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalt sind folgende Bewerber durch Ausschreibung ermittelt worden (alphabetisch): Christian Assmann, Albert Cohaus, Markus Eßfeld, Dr. Frank Jendro, Dr. Mario Lochmann, Prof. Dr. Peter Löbbcke und Thomas Noack.

TOP 7

Sport sei ein zentraler Bestandteil unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, befindet die FDP-Fraktion. Dies gelte für den Sport in all seinen verschiedenen Ausprägungen. Nirgendwo sonst engagierten sich so viele Menschen wie im Sport. In einer Aktuellen Debatte will sich die FDP-Fraktion nun diesem Bereich zuwenden. Unter dem Titel „Mitmachen – Aufholen – Überholen! Wir starten neu – die Welt des Sports in all seinen Facetten fördern“ sollen die Fraktionen diskutieren.

TOP 8

Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine will die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter dem Titel „Ernährung für alle sichern“ eine Aktuelle Debatte führen. Der Großteil der weltweiten Getreideproduktion stammt aus der Ukraine und Russland, nun machen sich Einstellung bzw. Engpässe des Exports bemerkbar.

TOP 9

Die Beschäftigten in den Frauenzentren, Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern der Träger leisteten einen unschätzbaren gesellschaftlichen Beitrag, stellt die Fraktion DIE LINKE fest. Daher setzt sie sich in einem Antrag dafür ein, die Hilfestrukturen für Opfer häuslicher Gewalt zu stärken. So geht es beispielsweise um die Bewilligung und Auszahlung einer nachträglichen Corona-Sonderzahlung für alle Angestellten in den Frauenzentren, Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern in Sachsen-Anhalt und um einen bundesweiten Rechtsrahmen zur Frauenhausfinanzierung.

TOP 10

In einem Antrag vom Oktober 2021 forderte die AfD-Fraktion, dass die Ausrichtung der Klimapolitik der Landesregierung unter anderem so zu erfolgen habe, dass der Industriestandort Sachsen-Anhalt nicht gefährdet werde und dass die Energiepreise bezahlbar blieben. Die Fraktion DIE LINKE hatte seinerzeit einen Alternativantrag eingebracht. Der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus hat nun unter dem Titel „Industriestandort Sachsen-Anhalt bewahren – den Wandel begleiten“ eine Beschlussfassung zur Annahme erarbeitet.

TOP 11

Die Afrikanische Schweinepest erfordere umgehend eine kritische Betrachtung aller Maßnahmen des Landes, um die Ausbreitung dieser hochansteckenden Tierseuche in Sachsen-Anhalt noch zu verhindern, erklärte die AfD-Fraktion in einem Antrag im Dezember 2021. Die Landesregierung sollte unter anderem aufgefordert werden, unter Einbeziehung aller Landkreise noch im Jahr 2021 eine Landesübung in Kooperation mit den Ländern

Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern durchzuführen. Der Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten empfiehlt mehrheitlich, den Antrag abzulehnen.

TOP 12

Der AfD-Abgeordnete Dr. Hans-Thomas Tillschneider hatte gegen den in der 13. Sitzung des Landtags am 24. Februar 2022 im Rahmen der Beratung des Tagesordnungspunktes 4 – „a) Impfpropaganda an Schulen einstellen, b) Impfungen gegen COVID-19 müssen freiwillig bleiben – erteilten Ordnungsruf Einspruch eingelegt. Dieser soll nun, wie vom Ältestenrat des Landtags empfohlen, abgelehnt werden.

TOP 13

Die AfD-Fraktion bringt einen Antrag ein, durch den die Landesregierung aufgefordert werden soll, ein landesweites Pilotprojekt zur Nachwuchsgewinnung im Handwerk zu starten. Es soll in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer, der Bundesagentur für Arbeit und den Jugendberufsagenturen entwickelt werden. Es sei so auszugestalten, dass es sich auf Handwerksberufe konzentriert, bei denen ein Mangel an Fachkräften bestehe. Handwerksbetriebe mit Sitz in Sachsen-Anhalt, die ausbildungsberechtigt seien, sollten mit einer Prämie bedacht werden, wenn sie am Pilotprojekt mitwirkten.

TOP 14

In einem Antrag setzt sich die AfD-Fraktion dafür ein, dass in das Landesgesetz über Versammlungen und Aufzüge an geeigneter Stelle ein Abstandsgebot eingefügt werden soll, wonach jeweils nur eine Versammlung unter freiem Himmel an einem Ort und nur ein Aufzug auf einer festgelegten Route für den gleichen Zeitpunkt oder Zeitraum anmeldefähig seien. Zwischen zwei Veranstaltungsorten solle es einen Mindestabstand von 500 Metern geben.

TOP 15

In seinem aktuellen Bericht komme der Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt zu der Erkenntnis, dass bis heute weit über tausend Jahresabschlüsse der kommunalen Familie fehlten, resümiert die AfD-Fraktion. Demzufolge stehe derzeit keine valide Informationsbasis zur Verfügung, um einen angemessenen Finanzbedarf seriös ermitteln zu können. Mit einem Antrag soll die Landesregierung aufgefordert werden, dass dem Landesrechnungshof zugestanden werde, auch Kommunen mit weniger als 25 000 Einwohnern stichprobenartig prüfen zu können.

TOP 16

Die Kosten für Wohnen, Energie und Mobilität stiegen stetig und belasteten gerade einkommensschwache Haushalte immens, konstatiert die Fraktion DIE LINKE. Der kürzlich beschlossene einmalige Energiekosten-Zuschuss des Bundes sei verhältnismäßig gering und auf wenige Haushalte beschränkt. Per Antrag soll die Landesregierung aufgefordert werden, die Wohnungsunternehmen finanziell dabei zu unterstützen, mit Berater*innen einkommensschwache Haushalte aufzusuchen, um ihnen Zuschüsse für Mietkosten zugänglich zu machen.

TOP 17

Der Sanierungsbedarf kommunaler Schwimmbäder sei anhaltend groß, konstatiert die Fraktion DIE LINKE. Durch die Corona-Pandemie und steigende Energiekosten seien der Betrieb und die Unterhaltung kommunaler Bäder zusätzlich erheblich belastet. Eine finanzielle Unterstützung durch das Land sei dringend erforderlich. Per Antrag soll sich für

die Einrichtung eines Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramms mit einem Gesamtvolumen von 160 Millionen Euro ab dem Haushaltsjahr 2023 ausgesprochen werden. Zudem sollen alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um ein flächendeckendes Angebot an Schwimmkursen und Schwimmunterricht zu unterbreiten.

TOP 18

Gemäß der Landesverfassung sorgt das Land dafür, dass die Kommunen über Finanzmittel verfügen, die zur angemessenen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Die Umsetzung dieses Verfassungsauftrags erfolgt durch das Finanzausgleichsgesetz (FAG). Für den aktuellen Zeitraum hatte die Landesregierung im Dezember 2021 einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.